

AUFRUF zur Demonstration
am 9.11.1991 um 10 Uhr 30
auf dem Luisenplatz

Gegen Rassismus und Nationalismus

Täglich werden Flüchtlinge und Immigrantinnen auf offener Straße, in Heimen und Unterkünften beschimpft, tätlich angegriffen und müssen um ihr Leben fürchten. Die Meldungen über Anschläge auf Ausländerinnen sind nicht mehr zu zählen. Pogrome gegen Immigrantinnen zeigen, daß viele Menschen in dieser Gesellschaft rassistisch orientiert sind.

Nicht 'Überbevölkerung' noch 'Klima' sind Ursache für das Elend in der Welt, wie uns Protagonisten von Wirtschaft und Politik immer wieder weismachen wollen. Ursache sind vielmehr 'verfeinerte' Hegemonial- und Disziplinierungsstrategien im Stile scheinbar längst vergessener Kolonialherren, internationale 'Arbeitsteilung', die Zwangsintegration der sogenannten Dritten Welt in den 'Weltmarkt', die aggressiven Strategien von Banken und multinationalen Konzernen. An die Vergabe von Krediten werden Bedingungen geknüpft, die eine bestimmte Struktur der Staatshaushalte vorschreiben. Eine solche Strukturierung hat die Streichung von z.B. Nahrungsmittelsubventionen zur Folge, während Rüstungshaushalte davon unberührt bleiben.

Die Politik der Staaten des Kapitals - allen voran die USA und die Bundesrepublik - organisiert und sichert diese Weltwirtschafts'ordnung', die auf die Lebensinteressen der Menschen der 'Dritten Welt' keine Rücksicht nimmt.

Über kombinierte Projektfinanzierungen durch öffentliche Entwicklungshilfe und private Gelder und eine Abkehr von der Förderung der ökonomisch schwächsten Länder wird 'Entwicklungshilfe' mehr zur Exporthilfe für die deutsche Industrie und zur Subvention von deutschen Banken. Unterdrückerischen Regierungen wird ihre Machterhaltung gesichert, falls 'notwendig' mit Hilfe direkter militärischer Interventionen. Die Bedeutung von *Menschenrechten* verkommt so zu verlogenem Gerede.

Die zunehmende ökologische Krise in der 'Dritten Welt' ist kein unergründliches Schicksal, sondern sie hat ihre Ursachen in einer verfehlten Agrar- und Industrialisierungspolitik hier und dort. Die weltweite Zerstörung der Regenwälder, z.B. des Amazonas, durch die Großkonzerne der Industrieländer, die Ausbreitung der Wüsten durch die vorherrschende Agrar- und Wirtschaftspolitik entzieht den dort lebenden Menschen ihre Existenzgrundlage. Riesige Monokulturen (Kaffee, Bananen, Getreide, Baumwolle), die einigen wenigen Großgrundbesitzern gehören, verhindern den Anbau von **Nahrungsmitteln** auf fruchtbaren Böden. Mehr als ein Drittel der Weltgetreideproduktion wird als Viehfutter verbraucht (7/8 davon in den Industrieländern).

Die Folgen der strukturellen Ausbeutung und Abhängigkeit, in der die Menschen der 'Dritten Welt' auch nach formaler Unabhängigkeit ihrer Staaten gehalten werden, sind:

- * der in weiten Teilen der Welt grassierende Hunger
- * die flagranten Menschenrechtsverletzungen und die Vorenthaltung politischer Selbstbestimmung
- * die grenzenlose Ausplünderung natürlicher Ressourcen, die Umweltzerstörung in regionalem und globalem Ausmaß nach sich zieht
- * die Zerstörung kultureller Identität

UND

- * die Flucht von immer mehr Menschen vor dem Elend und/oder vor existentiellen Sanktionen wie Folter oder Ermordung aufgrund politisch motivierten Widerstandes.

Schon im Grundgesetz wird Nicht-Deutschen das Wahlrecht, die Versammlungsfreiheit, die Vereinsfreiheit, die Freizügigkeit und die freie Berufswahl verweigert. Ausländerbehörden entscheiden täglich über die Einschränkung der Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten von Immigrantinnen. Flüchtlinge werden in Lager gepfercht, das Verlassen von Kreis oder Stadt ist ihnen verboten. Alle 'Ausländerinnen' sind von Ausweisung und Abschiebung bedroht. Ihre Diskriminierung in allen Lebensbereichen bis in die persönlichen Beziehungen hinein ist staatlich anerkannte Norm in diesem Land.

Gegen Frauen richtet sich die rassistische Unterdrückung in besonderer Weise. Die Ausländergesetzgebung definiert Frauen praktisch nur über 'ihre' Männer: **seine** Arbeit, **sein** Aufenthaltsstatus bilden die Grundlage für die Möglichkeiten der ausländischen Frau. Sie ist meistens gebunden an den Fortbestand der 'häuslichen Gemeinschaft'; will die Frau diese 'Gemeinschaft' verlassen, droht ihr die Abschiebung. *Rassismus und Sexismus gehen Hand in Hand.*

Für die Politikerinnen aller Parteien sind nicht Rassismus und Pogrome das Problem, sondern eine vermeintliche 'Überschwemmung' und 'Bedrohung' Deutschlands. Es wird suggeriert, 'die Ausländer' nähmen 'den Deutschen' etwas weg. Mit Hilfe der ständig wiederkehrenden Thematisierung der gleichen 'Probleme' durch Politikerinnen und Medien wird die Vorstellung provoziert, Immigrantinnen seien für die sozialen Probleme verantwortlich und eine staatliche Beschränkung der Einwanderung würde diese Probleme lösen. Ihre rechtlose Stellung wird von Unternehmern ausgenutzt: wer als rechtlos gilt, fällt auch nicht unter den 'Schutz' von Tarifverträgen, ist also billiger und kann wunderbar als 'Lohnrücker' ausgenutzt werden. So können eingewanderte und deutsche Lohnabhängige gegeneinander ausgespielt werden, nach bekannten Mustern: Frauen gegen Männer, Alte gegen Junge, besser gegen schlechter Ausgebildete, Weissis gegen Oassis. Diese 'Konkurrenz' ist bestimmt nicht im Interesse der ihrem Druck ausgesetzten Menschen.

Wo es als selbstverständlich gilt, Flüchtlinge in Sammellager zu sperren und wie Rechtlose zu behandeln, werden auch andere 'fremde' und unliebsame Gruppen leicht zur Zielscheibe der Staatsgewalt. Jegliches Anderssein und Andersdenken wird politisch, juristisch und 'moralisch' ausgegrenzt, wenn es der 'Norm' des marktgerechten und staatskonformen Untertanen widerspricht. Alle Lebensentwürfe, die dem Profitstreben entgegenwirken, werden als lästig oder gefährlich gebrandmarkt.

Wir fordern daher:

- * die Abschaffung aller 'Ausländergesetze' und entsprechender Verordnungen
- * Bleiberecht für ALLE
- * Offene Grenzen

Kommt bitte ALLE zur Demonstration am Lui und setzt damit ein Zeichen gegen menschenverachtende Politik und menschenverachtendes Handeln.